

Wie Andrea Nahles das Hartz-Trauma überwinden will

Aus der Agenda 2010 wird die Sozialstaatsreform 2025 – Arbeitgeber: Das ist der falsche Weg

Von Andreas Herholz, RNZ Berlin

Berlin. Schluss mit Hartz IV – SPD-Chefin Andrea Nahles will weg von der Grundsicherung. Geht es nach der SPD, soll der Sozialstaat umgebaut werden. Gerade erst war Arbeitsminister Hubertus Heil mit seinem Grundrente-Konzept vorgeprescht, da legt SPD-Chefin Andrea Nahles nach: Menschen über 50, die ihren Job verlieren, sollen künftig deutlich länger Arbeitslosengeld I erhalten als bisher. Erst nach drei Jahren würde für Arbeitslose nach den Plänen der SPD-Spitze die Grundsicherung Hartz IV greifen. Wer 58 Jahre alt sei, könne heute 24 Monate lang Arbeitslosengeld I beziehen. „Wir wollen den Bezugszeitraum auf bis zu 33 Monate verlängern“, erklärte Nahles. In einzelnen Fällen soll sogar ein Bezug über drei Jahre möglich sein. „Die, die länger eingezahlt haben, sollen es auch länger bekommen“, erklärt die SPD-Chefin. Nahles will die von der rot-grünen Bundesregierung unter dem früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder verabschiedete Agenda 2010 und die Hartz-IV-Reform auf den Prüfstand stellen.

Die SPD-Führung versucht den Befreiungsschlag, schärft das soziale Profil und will so enttäuschte Wähler wieder zurückzugewinnen. Grundrente, Bürgergeld, Abschied von Hartz IV – Nahles probt bereits die Melodie für die nächsten Wahlkämpfe. „Wir wollen Hartz IV hinter uns lassen und ein neues Bürgergeld“, kündigt Nahles einen Kurswechsel an. Am Sonntag und Montag soll die Parteispitze bei einer Klausurta-

gung in Berlin grünes Licht für die „Sozialstaatsreform 2025“ geben. 2005 hatte die Regierung Schröder das als Hartz IV bekannte Arbeitslosengeld II eingeführt. Damals war die deutlich höhere Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zusammengeführt worden, was zu Milliarden-Einsparungen geführt hatte und den Druck auf Arbeitslose erhöhen sollte, einen neuen Job zu suchen. Hier übt Nahles nun die Rolle rückwärts.

Finanziert werden soll die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I aus der Arbeitslosenversicherung, so Nahles. „Deren Kassen sind voll. Das Geld ist da“, erklärte sie. In einer neuen Zeit brauche man „nicht weniger als einen neuen Ansatz für unseren Sozialstaat“, so die SPD-Chefin. „Unsinnige Sanktionen“ für Hartz-IV-Empfänger sollen wegfallen, die Höhe der Regelsätze jedoch unverändert bleiben, stellt sie klar. Nahles will die Partei dadurch raus aus dem Hartz-IV-Trauma führen. Die umstrittenen Arbeitsmarktreflexen waren nach An-

sicht vieler Genossen der Hauptgrund für den Absturz der Partei.

Bei CDU, FDP und Arbeitgebern stoßen die Pläne der SPD-Spitze auf unterschiedene Ablehnung. Schließlich würde die Reform Wirtschaft und Beitragszahler Milliarden kosten. Ziel müsse es sein, „Arbeitslosigkeit zu verringern, anstatt eine Verlängerung zu verwalten“, kritisierte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer. „Die neuen SPD-Vorschläge bauen aber keine Brücken in Beschäftigung, im Gegenteil: Verlängerte Warteschleifen verfestigen Arbeitslosigkeit“, erklärt er. Nahles' Pläne „werden zu einer Verlängerung von Arbeitslosigkeit führen, anstatt die Aufnahme einer neuen Arbeit engagiert zu fördern“, sagt Kramer.

„Das Programm von Frau Nahles würde Deutschland zum Sanierungsfall machen“, mutmaßt auch CSU-Generalsekretär Markus Blume. Angesichts von Rekordbeschäftigung wäre die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld „ein völlig falsches Signal“, warnt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Peter Weiß.

Der Druck auf die Parteichefin wächst jedenfalls. Zuletzt war der Ruf nach einer Rückkehr von Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel in die erste Reihe lauter geworden. Und Altkanzler Gerhard Schröder hatte Nahles attackiert, ihr die Eignung für die Kanzlerkandidatur abgesprochen. Doch Nahles kämpft und kontert: „Wenn ich mir eine Kanzlerkandidatur nicht zutrauen würde, hätte ich mich niemals um das Amt der SPD-Vorsitzenden beworben“, reagierte sie auf die Kritik. „Aber die Entscheidung darüber steht jetzt nicht an.“



Will sich deutlich von der Schröder-SPD absetzen: Parteichefin Andrea Nahles. Foto: dpa

Reiche sollen höhere Steuern zahlen

SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil will die Belastung umverteilen – Die Reform des Arbeitslosengeldes ist Teil eines großen Konzepts

Von Peter Riesbeck, RNZ Berlin

Berlin. Lars Klingbeil (40, Foto: dpa) ist seit Dezember 2017 SPD-Generalsekretär. Der Berufspolitiker absolvierte ein Studium der Politologie, Geschichte und Soziologie an der Universität Hannover, das er 2004 mit dem Titel Magister abschloss. Seit 2009 sitzt Klingbeil, der auch fünf Jahre Juso-Vize war, im Deutschen Bundestag.



> **SPD-Parteichefin Andrea Nahles schlägt eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes I vor. Setzt die SPD ihre Korrekturen der Hartz-Reformen fort?** Am Wochenende werden wir unser Konzept für einen Sozialstaat der Zukunft vorlegen. Die SPD tritt dafür ein, dass die Menschen nach kurzer Arbeitslosigkeit nicht mehr sofort in die Grundsicherung fallen. Wer arbeitslos ist und sich weiterqualifiziert, soll deshalb eine Verlängerung seines Arbeitslosengeldes I für die

Zeit der Weiterbildung bekommen. Außerdem führen wir einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle ein, die länger als drei Monate arbeitslos sind. Auch für ältere Menschen muss der Sozialstaat mehr Sicherheit bieten: Wer 58 Jahre alt ist, kann heute nur 24 Monate lang Arbeitslosengeld I beziehen. Wir wollen den Bezugszeitraum auf bis zu 33 Monate verlängern.

> **Hartz-Korrekturen, Grundrente, Kita-Gesetz – die SPD stärkt ihr soziales Profil und versucht, Wählerstimmen zurückzugewinnen, die sie durch die Agenda-Reformen verprellt hat. Verschrecken Sie mit den Steuerlasten aber nicht die Jungen?**

Im Gegenteil, von unserer Politik profitieren doch auch junge Menschen – etwa, wenn für junge Eltern die Kita-Gebühren wegfallen oder sie weniger Krankenkassenbeiträge zahlen müssen. Auch jungen Menschen hilft es, wenn sie sich auf die gesetzliche Rente verlassen können und der Sozialstaat ihnen Schutz bietet. Ich finde es falsch, Generationen gegeneinander auszuspielen, wie Union

und FDP das oft machen. Uns geht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für den arbeiten wir als SPD jeden Tag.

> **Die Union beharrt auf der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Was spricht dagegen?**

Wir schaffen den Soli für 90 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab, also für die allermeisten Menschen. Für die SPD ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass reiche Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen, als Gering- oder Normalverdiener. Deshalb werden wir den Soli für Spitzenverdiener beibehalten.

> **Ihr Finanzminister Olaf Scholz will stattdessen den Spitzensteuersatz für Leistungsträger erhöhen ...**

Olaf Scholz hat Recht mit seinem Vorschlag, den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Die SPD hat bereits in den Koalitionsverhandlungen vorgeschlagen, den Soli komplett abzuschaffen und stattdessen den Spitzensteuersatz zu erhö-

hen, um kleine und normale Einkommen zu entlasten und hohe Einkommen nicht aus der Verantwortung zu nehmen. Hätte die Union das damals nicht aus ideologischen Gründen blockiert, könnten wir uns die ganze Debatte um die Soli jetzt sparen.

> **Neben Streit um Grundrente, Soli und Spitzensteuersatz herrschen in der Großen Koalition Differenzen über die richtige Antwort auf das Aus des INF-Abrüstungsvertrags, der im August ausläuft ...**

Vor uns liegen sechs entscheidende Monate, die wir für intensive Gespräche über internationale Abkommen und Abrüstung nutzen müssen. Die Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat macht Deutschland hier zu einem wichtigen Akteur. Deshalb sollten die Falken in der Union dringend ihre Kalte-Kriegs-Rhetorik stoppen und der Bundesregierung nicht weiter in den Rücken fallen. Es geht jetzt um Diplomatie und nicht um atomare Aufrüstung. Für die SPD ist klar: Wir werden keine neue Rüstungsspirale zulassen.